



ASOCIAȚIA FOȘTILOR DEPORTAȚI ȘI DEȚINUȚI POLITICI din REPUBLICA MOLDOVA

Republica Moldova, mun. Chișinău, str. M.Kogălniceanu 52, tel/fax 373-22-242490, [e-mail: afddprm@gmail.com](mailto:afddprm@gmail.com), tel.mobil +37369104851

TÄTIGKEITSBERICHT

Vereinigung der ehemaligen Deportierten und politischen Häftlinge der Republik Moldau (AFDDP)

Zeitraum 2023–2025

Die Republik Moldau und das Erbe der kommunistischen Repressionen (1917–1989)

Die Republik Moldau zählt zu jenen europäischen Gesellschaften, die in besonderem Maße durch die Erfahrung des kommunistischen Totalitarismus geprägt sind. Zwischen 1917 und 1989 war das Gebiet des heutigen Staates systematischen Politiken der Repression, strukturellen Gewalt und sozialen Ingenieurkunst ausgesetzt, die vom sowjetischen kommunistischen Regime betrieben wurden. Diese Maßnahmen stellten keine bloßen administrativen Exzesse dar, sondern bildeten ein kohärentes System von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gerichtet gegen die Zivilbevölkerung, die nationale Identität sowie jede Form sozialer, kultureller oder religiöser Autonomie.

Die Formen der Repression waren vielfältig und eng miteinander verknüpft. Das sowjetische Ultimatum vom 26. Juni 1940 zur Abtretung Bessarabiens durch Rumänien führte zu einer massiven Fluchtbewegung von mindestens 68.953 ethnischen Rumänen, die ihr Eigentum und ihre Angehörigen unter sowjetischer Besatzung zurückließen. Die Besetzung Bessarabiens ab dem 28. Juni 1940 ging mit der Verhaftung Tausender Menschen sowie mit summarischen Hinrichtungen einher, deren tatsächliches Ausmaß bis heute nicht vollständig bekannt ist. Zu diesem Zeitpunkt annektierte die UdSSR über 44.442 Quadratkilometer rumänischen Staatsgebiets sowie eine Bevölkerung von rund 3,2 Millionen Menschen.

Es folgte die erste große Deportationswelle am 13. Juni 1941, bei der etwa 24.360 Personen nach Sibirien und Kasachstan deportiert wurden. Nach dem Verlust der Kontrolle durch die rumänischen Behörden im Jahr 1944 kam es erneut zu einem massiven Exodus von Flüchtlingen, die aus Angst vor der sowjetischen Terrorherrschaft nach Rumänien flohen.

Die organisierte Hungersnot der Jahre 1946–1947 stellt eines der schwersten Verbrechen des sowjetischen Regimes in der Moldauischen SSR dar. Durch Zwangsrequisitionen, repressive Maßnahmen und das Verbot des Lebensmittelverkehrs verursachten die Behörden gezielt eine humanitäre Katastrophe mit etwa 400.000 Betroffenen, darunter mindestens 130.000 bis 170.000 Todesopfer infolge des Hungers. Diese Hungersnot war kein Naturereignis, sondern eine staatliche Politik zur Unterwerfung der ländlichen Bevölkerung und zur beschleunigten Kollektivierung, vergleichbar mit den Hungerkatastrophen der 1930er Jahre in der Ukraine.

Die Massendeportationen der Jahre 1949, bei denen über 35.000 Menschen verschleppt wurden, sowie jene von 1951 mit weiteren 2.617 Deportierten richteten sich gegen Zehntausende von Familien, die als „feindliche Elemente“ des Regimes eingestuft wurden.

Politische Haft, Zwangsarbeit, religiöse Verfolgung, forcierte Russifizierung, die Zerschlagung kultureller Eliten sowie die Repression jeglicher Form zivilgesellschaftlichen Widerstands vervollständigten das Bild eines totalitären Regimes, das durch Angst und Terror herrschte. Die Traumata dieser Jahrzehnte wirken bis heute fort – in der sozialen Struktur, in der politischen Kultur und in der Schwierigkeit der moldauischen Gesellschaft, einen klaren gesellschaftlichen Konsens über die Verurteilung des Kommunismus zu entwickeln.

Bis heute sind weder die Zahl der weiteren Opfer des Widerstands gegen das Regime noch die genaue Anzahl der Personen bekannt, die zwangsweise in die sowjetische Armee eingezogen wurden.

Opfer politischer Repressionen und gegenwärtige Realitäten

Nach offiziellen Angaben lebten im Jahr 2025 etwas mehr als 6.300 Personen mit dem Status von Opfern politischer Repressionen. Diese Zahl spiegelt jedoch die historische Realität nur unzureichend wider. Eine vollständige und allgemein anerkannte Bewertung der vom kommunistischen Regime begangenen Verbrechen existiert bis heute nicht.

Die Opfer politischer Repressionen sehen sich mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert: niedrige Renten, erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen, eingeschränkter Zugang zu sozialen Dienstleistungen, ein unzureichender rechtlicher Rahmen zur Wiedergutmachung der durch das totalitäre Regime verursachten Schäden sowie eine tiefgreifende symbolische Marginalisierung. Das Ausbleiben eines echten Entkommunisierungsprozesses verschärft diese Lage zusätzlich. Die fortdauernde Präsenz von Denkmälern, Straßennamen und Symbolen, die Führern oder Vollstreckern des kommunistischen Regimes gewidmet sind, stellt eine Form der Negierung des Leidens der Opfer dar und bildet ein erhebliches Hindernis für eine echte historische Versöhnung.

In diesem Kontext bleibt die AFDDP die einzige Organisation, die sowohl die noch lebenden Opfer politischer Repressionen als auch deren Nachkommen vereint und eine zentrale Rolle bei der moralischen und zivilgesellschaftlichen Interessenvertretung dieser Gruppen spielt.

Nach einem tiefgreifenden Niedergang der Gedenkpolitik während der kommunistischen und sozialistischen Regierungsperioden 2001–2009 und 2016–2020, die eng mit dem Regime Putins in Russland verbunden waren, ist in jüngerer Zeit – insbesondere seit 2022 und mit dem Amtsantritt proeuropäischer politischer Kräfte – eine gewisse Öffnung hin zu einer ernsthaften staatlichen Politik des Gedenkens an die Opfer politischer Repressionen erkennbar.

Externe Herausforderungen: Krieg, Propaganda und die Sicherheit der Erinnerung

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hatte tiefgreifende, zugleich ambivalente Auswirkungen auf die Republik Moldau. Der Konflikt reaktivierte imperiale Narrative und intensivierte den Informationskrieg in der Region. Die Republik Moldau ist einem

komplexen hybriden Krieg ausgesetzt, der auf die Destabilisierung staatlicher Institutionen, die Polarisierung der Gesellschaft und die Relativierung der Verbrechen des Kommunismus abzielt.

Russische Propaganda spielt eine zentrale Rolle bei der Leugnung oder Rechtfertigung sowjetischer Repressionen, einschließlich der Deportationen und der organisierten Hungersnot. Öffentlichen Berichten zufolge werden beträchtliche finanzielle Mittel – in der Größenordnung von mehreren Millionen Euro – eingesetzt, um politische und mediale Akteure zu unterstützen, die anti-europäische Narrative verbreiten und die russische Invasion in der Ukraine rechtfertigt oder unterstützt haben.

Diese Realität beeinflusst unmittelbar die Erinnerungskultur und verwandelt das Gedenken an die Opfer politischer Repressionen in einen Akt zivilgesellschaftlichen und demokratischen Widerstands.

Tätigkeit der AFDDP und öffentliche Gedenkveranstaltungen (2021–2025)

Der Zeitraum 2022–2025 war von einer bislang beispiellosen Intensivierung öffentlicher Aktivitäten zur Erinnerung an die Opfer politischer Repressionen geprägt, wobei die AFDDP eine zentrale Rolle als Initiatorin, Mitorganisatorin oder institutionelle Hauptpartnerin einnahm.

1. Nationale und lokale Gedenkveranstaltungen

Die AFDDP beteiligte sich kontinuierlich an der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zum Gedenktag der Opfer der stalinistischen Deportationen (dritter Samstag im April, 13. Juni, 6. Juli, 23. August). Diese umfassten offizielle Zeremonien, Kranzniederlegungen, Schweigeminuten, öffentliche Ansprachen sowie Begegnungen mit Überlebenden.



2. Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen

In Partnerschaft mit Museen, Bibliotheken und lokalen Behörden unterstützte die AFDDP zahlreiche thematische Ausstellungen, die den Deportationen, der organisierten Hungersnot und der politischen Haft gewidmet waren. Vernissagen, unter anderem in Mereni, Mingir, Bălți, Chișinău sowie in weiteren Ortschaften, rückten Zeugnisse, Archivadokumente und Lebensgeschichten der Opfer in den Mittelpunkt und leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung des historischen Leids.



3. Bildung und berufliche Fortbildung

Ein prägendes Element der Tätigkeit der Vereinigung bilden die durchgeführten Unterrichtseinheiten und Seminare für Militärangehörige, Polizeibeamte sowie angehende Staatsanwälte und Richter. Ziel dieser Maßnahmen war die Stärkung einer Kultur der Menschenrechte, das Verständnis des Zusammenhangs zwischen dem repressiven Erbe der Vergangenheit und den heutigen rechtsstaatlichen Standards sowie die Prävention institutioneller Machtmissbräuche.



4. Optionales Curriculum und institutionelle Unterstützung

Die Initiative des Präsidenten der AFDDP, Alexandru Postica, zur Einführung eines optionalen Curriculums über die kommunistischen Repressionen der Jahre 1917–1989, die im Jahr 2024 genehmigt wurde, stellt einen historischen Wendepunkt dar. Es handelt sich um den ersten entschiedenen Schritt seit der Unabhängigkeit der Republik Moldau, die Folgen der totalitären Repressionen systematisch auf der gymnasialen Bildungsebene zu behandeln. Das Ministerium für Bildung und Forschung unterstützte die Umsetzung dieses Curriculums, während das Kulturministerium im Jahr 2025 einschlägige institutionelle Projekte förderte.



5. Der Rat der Erinnerung und der Nationale Erinnerungskongress

Der Rat der Erinnerung wurde Anfang 2025 als interinstitutionelles beratendes Gremium geschaffen, mit dem Auftrag, die öffentlichen Politiken zur Erinnerung an die Opfer politischer Repressionen und totalitärer Regime zu koordinieren und zu unterstützen. Seine Tätigkeit umfasst die Harmonisierung staatlicher Maßnahmen mit Initiativen der Zivilgesellschaft und der

Wissenschaft, die Ausarbeitung strategischer Empfehlungen, die Überwachung der Umsetzung einschlägiger Politikdokumente sowie die Förderung nationaler und internationaler Zusammenarbeit im Bereich der historischen Gerechtigkeit und der Erinnerungskultur.

Die Einrichtung des Rates der Erinnerung als beratendes interinstitutionelles Organ sowie die Wahl von Alexandru Postica zu dessen Präsidenten stärkten die Rolle der AFDDP innerhalb der Architektur der Erinnerungspolitik erheblich.

Der Beschluss der Regierung der Republik Moldau Nr. 395 vom 24. Juni 2025 (in Kraft seit dem 27. Juni 2025) genehmigt den Aktionsplan für die Jahre 2025–2028 zur Förderung der Erinnerungskultur an die Opfer politischer Repressionen des kommunistischen totalitären Regimes auf dem Gebiet der Republik Moldau im Zeitraum 1917–1989.

Dieses Dokument schafft einen nationalen Rahmen öffentlicher Politiken, innerhalb dessen zentrale und lokale Behörden gemeinsam mit Bildungs-, Kultur- und Archivinstitutionen sowie sozialen Partnern Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Forschung, Gedenkaktivitäten, museale und denkmalpflegerische Projekte, Digitalisierung und Nutzung von Archiven sowie öffentliche Informationsinitiativen zur Bekämpfung der Geschichtsfälschung und rechtfertigender Narrative der Repressionen entwickeln sollen.

Die Umsetzung eines solchen Politikdokuments ist mit mehreren erheblichen Herausforderungen verbunden. Erstens kann das Fehlen eines dedizierten Finanzierungsmechanismus zu Unterfinanzierung führen und die Behandlung erinnerungspolitischer Maßnahmen als nachrangige Prioritäten gegenüber anderen Haushaltsbereichen begünstigen. Zweitens birgt die Komplexität der interinstitutionellen Koordination – unter Einbindung zahlreicher öffentlicher und privater Akteure – das Risiko von Verzögerungen und einer Fragmentierung der Verantwortlichkeiten. Schließlich kann die politische und gesellschaftliche Sensibilität des Themas – einschließlich der Persistenz sowjetischer Narrative und der Polarisierung der historischen Erinnerung – das Tempo und die Kohärenz der Umsetzung, insbesondere auf lokaler Ebene, beeinträchtigen.

Der Erste Nationale Erinnerungskongress, der am 28. Juni 2025 im Palast der Republik in Chişinău stattfand, vereinte Überlebende der Deportationen, Nachkommen der Opfer, Lehrkräfte, Forschende, Diplomaten, Vertreter öffentlicher Behörden sowie zivilgesellschaftliche Organisationen. Schätzungen zufolge nahmen mehrere Dutzend Personen und Delegationen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen teil, einschließlich diplomatischer Vertretungen, was dem Ereignis eine breite gesellschaftliche und öffentliche Bedeutung verlieh.



Die Tagesordnung umfasste Diskussionen über die Integration historischer Erinnerung in Bildung und Forschung, den Erhalt des memorialen Erbes, die Digitalisierung von Archiven sowie die

Analyse der bestehenden Gesetzgebung im Lichte europäischer Standards des Gedenkens an politische Repressionen.

Am Ende verabschiedeten die Teilnehmenden eine Resolution zur Stärkung und Förderung der Erinnerungskultur in der Republik Moldau, die die Notwendigkeit betont, das Gedenken an die Opfer als integralen Bestandteil der nationalen Identität und des europäischen Entwicklungswegs zu bewahren sowie die Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in diesen Bereichen fortzusetzen.

Perspektiven und Zukunftspläne

Das Jahr 2026 wird 80 Jahre seit dem Beginn der organisierten Hungersnot von 1946–1947 und 85 Jahre seit der ersten Deportationswelle von 1941 markieren. Die AFDDP beabsichtigt, diese Jahrestage in Momente nationaler und internationaler Reflexion zu verwandeln – durch Konferenzen, Publikationen, Bildungsprojekte und europäische Partnerschaften.

Strukturelle Herausforderungen und die Notwendigkeit internationaler Unterstützung

Die AFDDP arbeitet unter äußerst eingeschränkten finanziellen Bedingungen. Das Fehlen einer stabilen öffentlichen Finanzierung führt dazu, dass die Tätigkeit der Vereinigung nahezu ausschließlich auf ehrenamtlichem Engagement und symbolischen Spenden beruht. Trotz einer moralischen Unterstützung seitens der staatlichen Behörden fehlen die materiellen Ressourcen für einen echten Entkommunisierungsprozess.

Die ausbleibende finanzielle Unterstützung durch staatliche Stellen beeinträchtigt zudem die Attraktivität und die langfristigen Perspektiven der Vereinigung.

In diesem Kontext sind internationale Partnerschaften, einschließlich jener mit INTER ASSO, von entscheidender Bedeutung. Eine europäische Institution, die der Erinnerung und der historischen Gerechtigkeit gewidmet ist, sollte als Katalysator der Zusammenarbeit zwischen nationalen Mitgliedsorganisationen wirken und ein kohärentes Bündel strategischer Maßnahmen entwickeln:

1. **Schaffung eines europäischen Koordinierungsrahmens** – Etablierung eines dauerhaften Dialogmechanismus zwischen europäischen Institutionen, nationalen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der historischen Erinnerung.
2. **Finanzierung von Bildungs- und Forschungsprogrammen** – Auflegung spezieller Förderprogramme zur Dokumentation der Verbrechen des Kommunismus, zur Digitalisierung von Archiven und zur Entwicklung gemeinsamer Bildungspläne.
3. **Förderung des Austauschs bewährter Praktiken** – Organisation von Konferenzen, Workshops und Studienbesuchen zur Stärkung professioneller Kompetenzen und grenzüberschreitender Zusammenarbeit.
4. **Unterstützung internationaler Sensibilisierungskampagnen** – Koordinierung europäischer öffentlicher Initiativen zur Vermittlung der Geschichte kommunistischer Repressionen und zur Förderung der Solidarität mit den Opfern.
5. **Entwicklung eines europäischen Fonds für die Erinnerung an die Opfer des Totalitarismus** – ein Finanzinstrument zur direkten Unterstützung nationaler Organisationen in Forschung, Bildung und Gedenkarbeit.

6. **Stärkung der diplomatischen Dimension der Erinnerung** – Integration des Themas der historischen Gerechtigkeit in den politischen und kulturellen Dialog der Europäischen Union mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft, einschließlich der Republik Moldau.

Durch diese Maßnahmen könnte eine europäische Institution entscheidend zur Integration der Erinnerung an die Opfer des Kommunismus in den europäischen Weg der Republik Moldau und anderer Staaten der Region beitragen. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist nicht nur ein Akt historischer Gerechtigkeit, sondern eine grundlegende Voraussetzung für die demokratische Zukunft des Kontinents.